

Finanzausschuss

Protokoll Nr. FINA/07/2014

über die öffentliche Sitzung des Finanzausschusses am 08.09.2014,
Rathaus, Sitzungszimmer 103

Beginn der Sitzung : 19:30 Uhr
Ende der Sitzung : 20:30 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Christian Conring

Stadtverordnete

Herr Claas-Christian Dähnhardt

- i. V. f. Herrn Langbehn -

Herr Peter Egan

Herr Tobias Koch

- i. V. f. Herrn Waskow -

Herr Achim Reuber

Bürgerliche Mitglieder

Herr Dr. Bernd Buchholz

Herr Rolf Griesenberg

Herr Volker Hielscher

Frau Sybille Ott

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Jakob Pannecke

Kinder- und Jugendbeirat, öffentlicher Teil

Verwaltung

Herr Michael Sarach

- Bürgermeister -

Herr Horst Kienel

- Berichterstatter -

Frau Angela Haase

Protokollführerin

Entschuldigt fehlt/fehlen

Stadtverordnete

Herr Dirk Langbehn

Herr Olaf Waskow

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse der vorangegangenen Sitzung
4. Einwohnerfragestunde
5. Festsetzung der Tagesordnung
6. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 06/2014 vom 19.06.2014
7. Berichte/Mitteilungen der Verwaltung
 - 7.1. Berichte gem. § 45 c GO
- e n t f ä l l t -
 - 7.1.1. Bericht über die allgemeine Finanzlage der Stadt
 - 7.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen
- e n t f ä l l t -
8. Verschiedenes
 - 8.1. Beginn der Haushaltsberatungen 2015 ff.
 - 8.2. Übersicht über die Laufzeit der Kredite
9. Vorschläge über Maßnahmen zur Konsolidierung des städtischen Haushalts **2014/087**
10. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen für Investitionen/ Investitionsfördermaßnahmen im Haushaltsjahr 2013 **2014/083**
11. Erlass der I. Nachtragshaushaltssatzung 2014 - Haushaltsplan **2014/085**

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende, Herr Conring, begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende stellt fest, dass der Finanzausschuss beschlussfähig ist.

3. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse der vorangegangenen Sitzung

Der Vorsitzende berichtet, dass folgende Beschlüsse im Finanzausschuss am 19.06.2014 in nicht öffentlicher Sitzung gefasst wurden:

1. Einem Gewerbebetrieb wurde – im Rahmen eines Insolvenzverfahrens und unter Prüfung des Sanierungserlasses des Bundesministeriums der Finanzen – eine verbindliche Auskunft dahingehend erteilt, dass ein Buchgewinn (Sanierungsgewinn) nicht gewerbesteuerlich berücksichtigt wird.
2. Der Finanzausschuss hat empfohlen, die Verpachtung der frei werdenden Parzellen im Bereich nördlich und südlich der Grenze einer potenziellen städtischen Baufläche an der Kastanienallee wieder aufzunehmen.
3. Der Beschlussvorschlag zur Verlängerung eines Mietvertrages wurde zunächst zurückgestellt. Die aktualisierte Vorlage wird in der heutigen Sitzung unter TOP 13 nicht öffentlich beraten.
4. Der Finanzausschuss hat einstimmig den Verkauf einer rd. 2.057 m² großen Gewerbefläche zur Standortsicherung und –erweiterung empfohlen. Die endgültige Entscheidung oblag der Stadtverordnetenversammlung.

4. Einwohnerfragestunde

Herr K.-U. Fleischer erkundigt sich nach den früheren Stellplatzmieten für Rathausmitarbeiter/innen, siehe Vorlage Nr. 2014/087, Haushaltskonsolidierung, Anlage Seite 13 (laufende Nr. 2, 16.). Der Berichterstatter antwortet, dass die Miete für die Stellplätze zuvor bei 30 €/10 € (außen) gelegen hätte.

Herr Fleischer erkundigt sich ferner, warum die Stadt noch eigene Wohnungen vermiete. Der Berichterstatter erläutert, dass sich die Stadt in den vergangenen Jahren konsequent von Objekten getrennt habe. Allerdings gebe es insbesondere einige Gebäude, bei denen eine Mischnutzung vorliege, so z. B. Kita Schäferweg mit Wohnungen im 1. OG oder Freiwillige Feuerwehr Wulfsdorf mit angrenzenden 2 Wohnungen. Diese sollen nicht veräußert werden. Der Vorsitzende verweist ferner auf den jährlichen Bericht zur Gewinn- und Verlustrechnung der städtischen Mietwohnungen.

Ein weiterer Bürger verweist auf die Verschuldung der Stadt und erklärt, dass Schulden zwar schnell gemacht seien, aber schwerer abzubauen sind. Er regt an, das derzeit niedrige Zinsniveau zu nutzen und jetzt zu tilgen bzw. fraktionsübergreifend mittelfristig Ziele zum Schuldenabbau zu vereinbaren.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Stadt inkl. der Stadtbetriebe und Stadtwerke rd. 44 Mio. € Schulden habe, der städtische Haushalt isoliert betrachtet aber „nur“ rd. 25 Mio. €. Diese werden regelmäßig getilgt und in den vergangenen Jahren sei eine Neuverschuldung nicht erfolgt.

Seitens der **Herren Dr. Buchholz und Koch** wird der Vorschlag des Einwohners unterstützt. Herr Koch erläutert ferner, dass insbesondere die Wirtschaftskrise 2009 die Stadt „zurückgeworfen“ habe. Er äußert die Hoffnung, die Schulden in rd. 10 Jahren tilgen zu können. Dagegen verweist Herr Dr. Buchholz darauf, dass viele Investitionen bisher nur verschoben wurden.

Der Bürgermeister präzisiert, dass der hohe Schuldenanstieg 2010 auch auf den Erwerb von großen Flächen im Rahmen des künftigen B-Plangebietes 88 zurückzuführen sei und der Verkauf dieser Flächen an Gewerbebetriebe den Haushalt zukünftig – nach Erschließung dieses Gebiets – entlasten würde.

5. Festsetzung der Tagesordnung

Herr Hielscher erklärt sich zur Vorlage Nr. 2014/072/1 „Verlängerung des Mietvertrages“ für befangen und wird an der Beratung und Beschlussfassung nicht teilnehmen. Der Finanzausschuss setzt diesen Tagesordnungspunkt daher an das Ende der Tagesordnung.

Der Einwohner, Herr K.-U. Fleischer, erinnert an die erforderliche Beschluss-

fassung zur Beratung in nicht öffentlicher Sitzung.

Der Vorsitzende bedankt sich für die Erinnerung. Die Mitglieder des Finanzausschusses beschließen einstimmig, die Tagesordnungspunkte ab TOP 12 in nicht öffentlicher Sitzung zu beraten und ggf. zu beschließen. Die Tagesordnung wird ohne weitere Änderungen festgesetzt.

6. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 06/2014 vom 19.06.2014

Einwände werden nicht erhoben. Damit sind sowohl der öffentliche wie der nicht öffentliche Teil der Niederschrift Nr. 06/2014 vom 19.06.2014 genehmigt.

Der Vorsitzende erkundigt sich, ob die INP Holding AG Informationen geschickt habe. Der Berichterstatter verneint dies und erklärt seinerseits, dass er an INP Holding jedoch die erforderlichen Informationen geliefert habe.

Ferner wird nachgefragt, siehe TOP 8.3 des Protokolls vom 19.06.2014, ob die Anfrage zur Weitergabe interner Planungskosten im Rahmen städtebaulicher Verträge beantwortet worden sei. Es wird gebeten, die Antwort dem Protokoll beizufügen.

Anmerkung der Verwaltung:

*Auf die **Anlage** wird verwiesen.*

7. Berichte/Mitteilungen der Verwaltung

7.1. Berichte gem. § 45 c GO **- e n t f ä l l t -**

7.1.1. Bericht über die allgemeine Finanzlage der Stadt

Liquiditätsentwicklung

Der Bericht umfasst den Zeitraum bis zum 04.10.2014 (40. KW). Herr Kienel teilt mit, dass sich derzeit rd. 3,08 Mio. € auf städtischen Konten befinden, ferner sind 2,4 Mio. € als Tagesgeld angelegt. Daneben werden rd. 220.000 € Zentralitätsmittel und Leistungen nach dem Familienausgleich erwartet, in Summe somit rd. 5,7 Mio. €.

In den nächsten Wochen fließen folgende Finanzmittel ab:

1,157 Mio. € Kreis- und Finanzausgleichsumlage, 170 T € Sozialhilfe, 260 T € Beamtenbesoldung, 125 T € Lohnsteuer, 148 T € Defizitabdeckung badlantic, 720 T € Entgelte für tarifliche Beschäftigte, 290 T € VAK-Abschläge inkl. Beihilfe, 330 T € Tilgung und Zinsen für Kommunalkredite und rd. 295 T € an die AWO als Betreiberzuschuss für das Peter-Rantzau-Haus und Betriebskostenzuschläge für den Bereich der Kinderbetreuung – in Summe somit rd. 3,49 Mio. €

Im Saldo verfügt die Stadt somit bis inkl. der 40. KW über liquide Mittel in Höhe von rd. 2,20 Mio. €. Ein- und Auszahlungen für investive Maßnahmen sind nicht bekannt und daher hierin noch nicht enthalten.

Herr Kienel erklärt ferner, dass das Anordnungssoll der **Gewerbsteuer** derzeit bei rd. 21,99 Mio. € liege und sich somit deutlich erholt habe. Ursächlich sei allerdings nur eine für das Jahr 2014 wirkende einzige Vorauszahlung in Höhe von rd. 5,7 Mio. €. Hierzu werden im nicht öffentlichen Teil weitere Informationen erfolgen.

Herr Dr. Buchholz erkundigt sich, ob es eine Prognose für die Jahre 2015 ff. gebe. Dies wird verneint. Eine Prognose könne nur auf Höhe der derzeit bekannten Vorauszahlungen erfolgen.

7.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen

- e n t f ä l l t -

8. Verschiedenes

8.1. Beginn der Haushaltsberatungen 2015 ff.

Der Berichterstatter erklärt, dass aufgrund der Herbstferien die nächste Sitzung des Finanzausschusses erst am 28.10.2014 erfolgen solle und fragt an, ob es seitens des Finanzausschusses Bedenken gäbe, wie üblich am 2. Montag des Monats, d. h. dem ersten Ferientag, 13.10.2014, zu tagen.

Herr Dr. Buchholz spricht sich für den Termin 13.10.2014 aus. Auch seitens der anderen Finanzausschussmitglieder erfolgen keine Einwendungen. Damit verbleibt es beim Regeltermin 13.10.2014. An diesem Tag sollen die Haushaltsberatungen beginnen.

Ein Ausschussmitglied erkundigt sich, wann die Verteilung der Haushaltsunterlagen erfolge. Die Verwaltung erklärt, dass dies für Anfang Oktober 2014 vorgesehen sei.

8.2. Übersicht über die Laufzeit der Kredite

Herr Egan erbittet eine Übersicht zur Laufzeit der derzeit laufenden Kredite. Der Berichterstatter teilt mit, dass derzeit keine Kredite umgeschuldet werden können. In diesem Jahr sei allerdings die Umschuldung eines Kredites erfolgt (rd. 1,71 Mio. €).

Anmerkung der Verwaltung:

*Die Schuldenübersicht liegt als **Anlage** bei.*

9. Vorschläge über Maßnahmen zur Konsolidierung des städtischen Haushalts

Der Vorsitzende stellt fest, dass die Vorschläge über die Maßnahmen zur Konsolidierung des städtischen Haushalts im Grundsatz aus den Vorjahren bekannt seien.

Der Berichterstatter fragt nach, ob zur Hundesteuer eine Vorlage erfolgen sollte. Eine Erhöhung sei im Vorjahr abgelehnt worden.

Der Finanzausschuss bittet darum, eine Erhöhung erneut per Vorlage vorzustellen.

Herr Egan fragt nach, ob eine Neukalkulation der Straßenreinigungsgebühren erfolgt sei. Der Berichterstatter verweist auf die personelle Situation im Fachbereich IV. Eine Neukalkulation müsste extern erfolgen, d. h. es müssten hierfür Mittel bereitgestellt werden. Herr Egan bittet darum, sich hierfür einzusetzen.

Herr Koch erinnert, dass dann die Kosten der Papierkorbentleerung in die Gebührenkalkulation aufzunehmen seien. Der Vorsitzende fragt, welche Kosten für eine externe Gebührenkalkulation entstehen würden. Der Berichterstatter verweist auf die Zuständigkeit des Bau- und Planungsausschusses. In diesem Rahmen seien entsprechende Überlegungen zu beraten.

Herr Egan regt an, die Gebühren der Kindertagesstätten jährlich entsprechend der Inflationsrate zu erhöhen. Seines Erachtens erfolge keine jährliche Überprüfung. Dem widerspricht Herr Dähnhardt. Es wird ausgeführt, dass die Kosten jährlich überprüft werden und dann, wenn es sich um erhebliche Anpassungen handele, eine Gebührenerhöhung erfolge.

Anmerkung der Verwaltung:

Es wurde eine Erhöhung zum 01.08.2011 und aktuell zum 01.08.2014 vorgenommen. 2015 wird nach der Kostenentwicklung 2014 die nächste Überprüfung erfolgen. Aufgrund der Ergebnisse der Tarifverhandlungen 2014 ist eine Erhöhung zum Kindergartenjahr 01.08.2015 nicht auszuschließen.

Der Finanzausschuss stimmt dem Beschlussvorschlag zu und bittet die Fachausschüsse, im Rahmen ihrer Zuständigkeit über die Vorlage zu beraten.

10. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen für Investitionen/ Investitionsfördermaßnahmen im Haushaltsjahr 2013

Der Berichterstatter weist darauf hin, dass es sich hierbei nur um die Mehraufwendungen bzw. Mehrauszahlungen handele, die im Einzelfall unter 10.000 € gelegen haben und durch den Bürgermeister genehmigt wurden. In den Anlagen sind darüber hinaus zur Vollständigkeit auch die Mehrauszahlungen aufgeführt, die bereits im Einzelfall durch die Stadtverordnetenversammlung genehmigt worden sind.

Verständnisfragen werden nicht gestellt.

Die Mehraufwendungen des Ergebnishaushalts in Höhe von 55.819,34 € und die Mehrauszahlungen im investiven Bereich in Höhe von 24.780,77 € werden zur Kenntnis genommen.

11. Erlass der I. Nachtragshaushaltssatzung 2014 - Haushaltsplan

Der Berichterstatter führt eingangs aus, dass es sich um einen Nachtragshaushalt handelt, der im Wesentlichen nur die erheblichen Verschiebungen der Investitionen – beschlossen durch die Stadtverordnetenversammlung – beinhaltet – und weitere beschlossene Mehrauszahlungen sowie bekannte investive Entwicklungen, und daher nur eine Beratung im Haupt- und Finanzausschuss vorgesehen sei. Die Fachbereiche wurden nicht beteiligt. Zum Stellenplan werde am 15.09.2014 im Hauptausschuss beraten.

Ursprünglich war vorgesehen, das Gewerbesteuerhaushaltssoll erheblich abzusenken. Hiervon konnte aber Abstand genommen werden. Die Hintergründe sollten nichtöffentlich vorgetragen werden. Weitere Informationen erfolgen durch Frau Haase.

Neben der positiven Entwicklung bei den Gewerbesteuern, die nur für das Haushaltsjahr 2014 gilt, wird insbes. auf die bisher noch nicht in der Investitionsplanung berücksichtigten Kosten zur Schaffung der barrierefreien Zugänge zu den U-Bahnhöfen hingewiesen, die auch Folgejahre belasten.

Zu korrigieren sei die Angabe zu den Verpflichtungsermächtigungen. Die Gesamthöhe von 6,633 Mio. € sei zutreffend, die Inanspruchnahme sei bezogen auf den Erweiterungsbau der Grundschule Am Schloss jedoch falsch dargestellt (Anlage 3). Tatsächlich werden 1,8 Mio. € in 2015 (+ 705.000 €) benötigt, für Schlusszahlungen 2016 jedoch nur 265.000 €.

Ferner habe Herr Egan bezogen auf Pos. 3 der investiven Einzahlungen, PSK 36515.2310000, darauf hingewiesen, dass der zahlungsneutrale Vorgang des Überlassungsvertrages für Grund und Boden der KiTa Erlenhof nicht deutlich werde. Diese Veranschlagung sei somit zu erörtern. Da der Überlassungsvertrag erst 2014 geschlossen wurde, ist dieses im Haushaltsjahr 2014 zu buchen. Die Veranschlagung erfolgte ursprünglich 2013. Beim Auszahlungskonto 36515.0321000 wurde eine Ermächtigung für das Haushaltsjahr 2014 gebildet und für die Buchung der Auszahlung herangezogen. Vorstellbar sei – um den zahlungsneutralen Vorgang zu verdeutlichen – auf die Veranschlagung bei Konto 2310/ Einzahlungen zu verzichten oder bei Konto 0321 zusätzlich eine Auszahlung in derselben Höhe zu veranschlagen. Vonseiten Herrn Dr. Buchholz wird die Veranschlagung der Auszahlung empfohlen. Dem folgt der Finanzausschuss.

Erörtert wird ferner die Höhe des Gewerbesteueransatzes, da aktuell das Haushaltssoll 2014 von 22,0 Mio. € erreicht ist. Die Verwaltung verweist auf die Vorlage und die Erkenntnis, dass 2014 vielfach größere Erstattungen an Gewerbebetriebe – z. T. durch die Festsetzung für mehrere Wirt-

schaftsjahre für einen Gewerbebetrieb – zu verzeichnen waren und in den Vorjahren überhöhte Vorauszahlungen somit ausschließlich 2014 belasteten. Ein Änderungsantrag zur Höhe des Gewerbesteueransatzes wird nicht gestellt.

Herrn Dähnhardt hinterfragt die Reduzierung der Aufwendungen bei Produkt 36515 – KiTas in fremder Trägerschaft von insgesamt 160.000 €. Frau Haase führt aus, dass dieses für das Haushaltsjahr 2014 vertretbar und mit der Fachdienstleitung abgestimmt sei.

Anmerkung der Verwaltung:

Bezogen auf die sechs dargestellten Konten im Produkt 36515 handelt es sich um eine Reduzierung von rd. 11 %, bezogen auf die gesamten Transferaufwendungen des Produktes jedoch nur um rd. 4,9 %.

Dem Beschlussvorschlag wird mit der oben genannten Änderung zu PSK 36515.0321000 (HS 2014: 500.000 €) zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

Die Korrektur bei der Aufteilung der Verpflichtungsermächtigungen wird zur Kenntnis genommen.

gez. Christian Conring
Vorsitzender

gez. Angela Haase
Protokollführerin